



DANK AN DEN KELAG-VORSTAND

■ 28 Jahre war Hermann Egger Vorstand der Kelag; seit Anfang des Jahres ist er im Ruhestand. Nun würdigten Vertreter des Landes seine Verdienste. Kelag



MEINUNG

Chefredakteur Gerd Leitner
gerd.leitner@woche.at

Das wohl wichtigste Versprechen: Arbeit

■ Ein Ergebnis, das sich unsere Skination seit Erfindung der Pistenbretter an nahezu jedem winterlichen Wochenende herbeisehnt, hat nun Kärnten innerhalb Österreichs eingefahren. Allerdings in einer anderen Disziplin. Einer, in der sich wohl niemand zu Begeisterungstürmen hinreißen lässt: der Arbeitslosigkeit. Laut Berechnungen des AMS schaffen 2014 es gleich vier Kärntner Bezirke unter die bundesweit schlechtesten fünf bei der Arbeitslosenquote. Spittal ist Negativführende mit einer Quote von 12,5 Prozent vor Wien. Auf den Rängen drei bis fünf Völkermarkt (11,5), Villach (11,4) und die Landeshauptstadt Klagenfurt (10,5) - letztere ex aequo mit den Landeckern aus Tirol. Wir wissen: Die Wirtschaftskrise hält noch weite Teile des Globus in Atem. Und doch: Mit wirtschaftlicher Großwetterlage allein ist Kärntens schlechtes Abschneiden nicht zu erklären - zumal der österreichische Durchschnitt bei deutlich geringeren 8,4 Prozent liegt. Deshalb sei an dieser Stelle noch einmal an das „gefährliche Triple-A“ - wie es Peter Kaiser formulierte - erinnert: Armut, Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Gemeinsam mit den Junior-Koalitionen will er sie beseitigen. Die Zahlen belegen neuerlich: Weit sind sie dabei bisher nicht gekommen. Und seien wir ehrlich: Das ist bestimmt das wichtigste Wahlversprechen der Dreierkoalition.

Verbände wollen Geld für betreuende Eltern

Elternvertreter treten für Wahlfreiheit bei Kinderbetreuung ein. Eine Umfrage unter Politikern läuft jetzt.

■ (gel). Dieser Tage flatterte den Vorsitzender der Ortsparteien aller Kärntner Gemeinden ein Schrieb des Katholischen Familienverbandes (KFV) und des Familiennetzwerks ins Haus. Inhalt des Schreibens ist eine klare Frage: Die Politiker sollten beantworten, ob „die Kinderbetreuung innerhalb der Familie und die Betreuung in einer Institution finanziell gleich behandelt werden“ soll.

„Viele sind gezwungen ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen. Das ist eine Frage des Geldes geworden.“
GUDRUN KATTNIG

Familien sollen wählen

KFV-Geschäftsführerin Gudrun Kattinig und Netzwerk-Koordinator Theo Hippel hoffen auf zahlreiche Antworten – Einsendeschluss ist der 6. Februar. Sie wollen damit ihrem Anliegen Aufmerksamkeit verschaffen. Hinter der abgefragten Gleichbehandlung steckt nämlich ein Vorhaben der beiden Familienvertreter: Sie wollen den Familien das Geld bar auf die Hand geben, das die Betreuung kostet. Nämlich: „Mindestens 850 Euro pro Monat“, so Kattinig. Ziel sei es, „echte Wahlmöglichkeit“ herzustellen. Aus der Sicht von Kattinig und Hippel gebe es diese derzeit nicht. „Familien sind dazu gezwungen, ihre Kinder fremdbetreuen zu lassen“, erklärt Katt-



57 Prozent der vom Land Kärnten befragten Frauen nutzen kein außerfamiliäres Betreuungsangebot von Kindern

Foto: stockphoto

nig. „Das ist eine Frage des Einkommens geworden.“ Das ist den Familienverbänden ein Dorn im Auge.

Geld für die Familien

Die Forderung ist eindeutig: Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, sollen 850 Euro bekommen – sämtliche bisherigen Leistungen seien da allerdings bereits enthalten. Neben der Wahlfreiheit soll die Zahlung auch Bewusstsein bilden. Kattinig: „Sich um die Familie zu kümmern ist auch Arbeit.“ Der Grund, warum die Briefe vor der Gemeinderatswahl an die Ortsparteichefs gehen, erklärt Hippel so: „Die Durchführung der Kinderbetreuung ist Gemeindegeldsache; sie muss um den Ausbau von Betreuungseinrichtungen ansuchen.“

Modellgemeinde gesucht

Die beiden Interessensvertreter sind nun auf der Suche nach einer Modellgemeinde, die aufgrund steigender Nachfrage ihre Kinderbetreuung ausbauen muss. „Das Geld für den Ausbau soll in einer Gemeinde



Für Wahlfreiheit bei Betreuung von Kindern: Gudrun Kattinig und Theo Hippel

Foto: Leitner

kostenneutral an die Familien umgeleitet werden“, schlägt Kattinig vor. Im Salzburger Berndorf gebe es ein ähnliches Modell bereits seit zwei Jahren. „Familien erhalten einen Zuschuss, wenn sie die Kinder zuhause betreuen“, zitiert Hippel aus Medienberichten. Das Ergebnis: Zwei Drittel der in Frage kommenden Eltern hätten um den Zuschuss angesucht. An langfristig höhere Kosten glauben die Familienvertreter nicht. Und außerdem: „Die Einrichtungen werden fraglos finanziert, über Zuschuss für Familien darf man nicht einmal reden.“

1223856



ZWEITER ARZT IN STOSSZEITEN

■ Der hausärztliche Bereitschaftsdienst ist im Telefonsprech. Nun soll, laut LH-Stv. Beate Pretzner, ein zweiter Arzt das Team in Stoßzeiten verstärken.



LÜGEN WIE GEDRUCKT

■ Dieser Tage erscheint die Faschingszeitung von Reinhard Eberhart. Das Magazin. Die „hallihallo-Faschingsillustrierte“ gibt es exklusiv bei Spar. Lindner

ZUR SACHE: KINDERBETREUUNG IN KÄRNTEN

Im Jahr 2013 ließ das Frauenreferat in Kärnten vom IHS den Bedarf an Kinderbetreuung erheben. 1.121 Kärntnerinnen wurden befragt.

Hier einige Ergebnisse:

43 Prozent der Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern nehmen ein außerfamiliäres Angebot an.

81 Prozent der außerhalb der Familie betreuten Kinder sind vor dem Schuleintrittsalter.

64 Prozent der Frauen geben an, dass sie bei der Inanspruchnahme des Betreuungsangebots Schwierigkeiten haben; 36 Prozent haben keine Schwierigkeiten.

57 Prozent der Befragten nehmen kein außerfamiliäres Betreuungsangebot an.

60 Prozent der Frauen, die keine Fremdbetreuung in Anspruch nehmen, geben an, die Kinder als Hausfrauen selbst zu betreuen

bzw. Elternkarenz in Anspruch zu nehmen.

14 Prozent der Selbstbetreuenden sagen, dass es kein entsprechendes Angebot für ihr Kind gibt.

14 Prozent geben an, dass die Betreuung des jüngsten Kindes innerhalb der Familie erfolgt.

Acht Prozent betreuen aufgrund einer Teilzeiterwerbstätigkeit selbst; drei Prozent aufgrund der Tätigkeit als Landwirtin.

Das Land Kärnten stellt Kommunikation neu auf

■ Auf vier Säulen soll die Kommunikation des Landes künftig fußen, das gab Peter Kaiser bei einer Pressekonferenz Ende letzter Woche bekannt. Das Konzept sei ein Jahr lang vorbereitet worden. „Es wird informativ und serviceorientiert“, so Kaiser, „ohne Selbstbeweihräucherung.“ Bis zu sechs Mal im Jahr soll das Kärnten Magazin erscheinen. Auf 24 Seiten liefert der Landespressediens – angeführt von Gerd Kurath – Informationen aus den Referaten. Neu gestaltet wird die Homepage des Landes. Den Kreativwettbewerb hat das Klagenfurter Unternehmen Pixelpoint gewonnen.



Landeshauptmann Peter Kaiser präsentiert das Konzept für Kommunikation

Foto: Büro Kaiser

Ebenfalls Teil vom Landespressediens wird ab 1. Februar kaernten.tv werden und einen Facebook-Auftritt soll es auch geben, mit referatsbezogenen Entscheidungen.

Jetzt ist aber Schluss.



100€ geschenkt

Samsung GALAXY S5

Es geht auch anders.

Im Tarif Hallo XL Plus. Aktion gültig bis 31.01.2015. 20€ Servicepauschale/Jahr. 24 Monate Mindestvertragsdauer. 69€ Aktivierungsentgelt. Details: www.drei.at/weihnachtsbonus

